

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Der Preis monatlich durch die Post bezogen 120 M. Einzelhefte in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Kostenpreis: Arbeitslosen- und Arbeitslosen-Zeitungen die 3 gelieferte Heft-Zelle 10,00 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 338 15, Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Bred. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Regel- und Mehrleistungen in den Krankenkassen.

Die Reichsversicherungsordnung (RVO.) enthält im 2. Buch, welches die Krankenversicherung behandelt, Bestimmungen, in denen die Regel- (Mittler-) und Mehrleistungen (Kanngrünze) der Krankenkassen gegeben sind. Da es für die Versicherten, auch für die Mitglieder des Ausschusses und Vorstandes nur unter Überwindung verschiedener Schwierigkeiten möglich ist, die Grenzen der Regel- und Mehrleistungen zusammenzutragen, hat uns ein Fachmann — Rentant Hartleib, H. S. a. M. — eine Zusammenstellung gegeben, die wir hiermit unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen wollen. Bemerkung sei jedoch, daß die Leistungen von untergeordneter Bedeutung nicht berücksichtigt sind.

Es dürfte Aufgabe unserer Mitglieder sein, einmal zu prüfen, inwieweit die eine oder andere Leistung bei ihrer Kasse verbesserungsbedürftig ist, um diesbezügliche Abänderungsanträge zu stellen. S. L a m p r e c h t.

Regel- oder Mindestleistungen.

a) Krankenhilfe:

1. Krankenpflege vom Beginn der Krankheit an; sie umfaßt ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie Brillen, Bruchbänder und anderen kleinen Heilmitteln. (§ 182 RVO.)
2. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Arbeitstag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; es wird vom 4. Krankheitstage an, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später anfängt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt. (§ 182 RVO.)

Die Krankenhilfe endet spätestens mit Ablauf der 28. Woche nach Beginn der Krankheit; wird jedoch Krankengeld erst von einem späteren Tage an bezogen, nach diesem. Fällt in den Krankengeldbezug eine Zeit, in der nur Krankenpflege gewährt wird, so wird diese Zeit auf die Dauer des Krankengeldbezuges bis zu 13 Wochen nicht angerechnet. (§ 183 RVO.)

b) Wochenhilfe.

Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschafflichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe:

1. Einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 2000 Mk.
2. Ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes; jedoch mindestens 60 Mk. täglich, einschließlich der Sonn- und Feiertage, für zehn Wochen, von denen vier in die Zeit vor und sechs in die Zeit nach der Entbindung fallen. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist mit dem Tage der Entbindung fällig.
3. Eine Beihilfe bis zum Betrage von 900 Mk. für Hebammendienst und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden.
4. Solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 150 Mk. täglich, einschließlich der Sonn- und Feiertage, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.

Neben Wochengeld wird Krankengeld nicht gewährt. Die Wochen nach der Niederkunft müssen zusammenhängen.

c) Familienhilfe.

Wochenhilfe erhalten auch die Ehefrauen sowie solche Töchter, Stief- und Pflegekinder der Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, wenn

1. sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben,
2. ihnen ein Anspruch auf Wochenhilfe nicht zusteht,
3. die Versicherten im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschafflichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind.

Als Wochenhilfe werden die unter b bezeichneten Leistungen gewährt, dabei beträgt das Wochengeld 50 Mk. täglich, das Stillgeld 120 Mark täglich.

d) Sterbegeld.

Beim Tode eines Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohnes (§ 201 RVO.).

Mehr- oder Höchstleistungen.

Jede Kasse hat das Recht, sofern es ihre Mittel erlauben und das Oberversicherungsamt hierzu seine Genehmigung erteilt, diese Unterleistungen wie folgt auszubauen:

1. Gewährung der Krankenhilfe auf die Dauer eines Jahres (§ 187 RVO.).
2. Erhöhung des Krankengeldes bis auf 75 Prozent des Grundlohnes. Zahlung auch für Sonn- und Feiertage (§ 191 RVO.).

Der allrussische Gewerkschaftsbund gegen wilde Streiks.

Der Vorstand des allrussischen Gewerkschaftsbundes hat im Februar 1922 folgende Richtlinien aufgestellt:

„Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen... wir müssen die strengste Disziplin einführen... man muß auf Disziplin achten...“

„Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. Sie muß bestrebt sein, jeden Konflikt durch Verständigung oder durch Schlichtung möglichst schmerzlos und rasch zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen.“

3. Abschaffung der Karenzzeit bei dem Bezuge von Krankengeld (§ 191 RVO.).
4. Hausgeld bis zur Höhe des gesetzlichen Krankengeldes (§ 194 RVO.).
5. Taschengeld bis zur Hälfte des gesetzlichen Krankengeldes (§ 194 RVO.).
6. Streichung der Höchstgrenze des Zuschusses zu den Kosten für kleinere und größere Heilmittel (§ 193 RVO.).
7. Fürsorge für Genesende, namentlich durch Unterbringung in ein Genesungsheim bis zur Dauer eines Jahres, nach Ablauf der Krankenhilfe (§ 187 RVO.).
8. Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung, die nach beendigtem Heilverfahren nötig sind, um die Arbeitsfähigkeit herzustellen oder zu erhalten (§ 187 RVO.).
9. Wartung durch Krankenpflege, Krankenschwestern oder andere Pfleger (§ 185 RVO.).
10. Gewährung von Krankenkosten (§ 193 RVO.).
11. Jubiläum des Wochengeldbezuges bis zur Dauer von 13 Wochen, des Stillgeldes bis auf 26 Wochen (§ 196b RVO.).
12. Desgleichen eine Schwangeren-Unterstützung.
13. Einführung von Familienhilfe, und zwar:
 - a) Krankenpflege an versicherungsfreie Familienmitglieder des Versicherten;
 - b) Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes eines Versicherten.
14. Erhöhung des Betrages des Wochen- und Stillgeldes für Familienangehörige je bis auf die Hälfte des Krankengeldes des Versicherten (§ 205a RVO.).
15. Erhöhung des Sterbegeldes für die Versicherten bis zum 40fachen Betrag des Grundlohnes (§ 204 RVO.).

„Ruhhilfe“.

Die Organisation zur Durchführung der „Ruhhilfe“ ist nunmehr erfolgt. Der Verwaltungsrat besteht aus 15 Arbeitgeber- und 15 Gewerkschaftsvertretern unter dem paritätischen Vorsitz des Kommerzienrats Dr. Franck und des Genossen Adolf Cohen (Vorstand des VDB). Die Geschäftsführung ruht in den Händen eines engeren Vorstandes von fünf Arbeitgeber- und fünf Gewerkschaftsvertretern unter dem Vorsitz von Dr. Habersbrunner und Adolf Cohen, dem die Geschäftsführer der Zentralarbeitsgemeinschaft und ein Bankfachverständiger beigegeben sind.

Der Geschäftsführende Vorstand hat seine Tätigkeit aufgenommen. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin SW 48, Wilhelmstraße 130, II. Als Zentralstelle für die Zusammenziehung der eingehenden Spenden ist unter der Bezeichnung „Ruhhilfe“ beim Girokonto der Reichsbank in Berlin, Niederwallstraße, ein besonderes Konto eröffnet. Sogleich ist ein Postfachkonto „Ruh-

hilfe“ Postfachamt Berlin Nr. 57 200, errichtet worden. Alle für die „Ruhhilfe“ bestimmten Spenden können also bei jeder Bank, Sparkasse, Genossenschaft usw. zur Gutschrift auf obiges Konto bei der Reichsbank, Berlin, oder auf obiges Postfachkonto eingezahlt werden.

Es sind in Gewerkschaftskreisen Fragen laut geworden, ob die „Ruhhilfe“ einzig für die Opfer im Ruhrgebiet bestimmt sei. Es heißt in den Richtlinien ausdrücklich: Die Organisation und die Mittel der „Ruhhilfe“ sollen in weitestem Maße zur Linderung der durch die Besetzung und Abschneidung deutschen Gebietes am Rhein und an der Ruhr, sowohl im besetzten wie im übrigen Reichsgebiet entstehenden wirtschaftlichen „Nöten“. Das Wirkungsgebiet wird sich damit auf das gesamte deutsche Reichsgebiet nach Maßgabe der notwendig werdenden Hilfe erstrecken. Es ist sogar anzunehmen, daß außerhalb des eigentlichen Ruhrgebietes, vor allem im altsiedlichen Gebiet, die allgemeine Notlage bald dringlicher sein wird als an der Ruhr selbst.

Um ein Gegeneinanderarbeiten und Überschneiden mit der Sammlung „Volksopfer“ und den besonderen Hilfsmaßnahmen der Regierung zu vermeiden, nehmen Vertreter der Regierung mit beratender Stimme an den Verhandlungen des Geschäftsführenden Vorstandes teil; außerdem ist eine wechselseitige Vertretung in den geschäftsführenden Vorständen der „Ruhhilfe“ und des „Volksopfers“ herbeigeführt.

Welche besonderen Verwendungformen für die Mittel der „Ruhhilfe“ gewählt werden müssen, muß sich erst aus der Praxis ergeben. Die Notlage wird vermutlich schon sehr bald Mittel für die verschiedensten Zwecke erforderlich machen, besonders für eine großzügige Kinderhilfe (Bekleidung und Beköstigung, Verendung von Kindern aufs Land und ins Ausland), Fürsorge für Erwerbslose, Erwerbsbeschränkte, Arbeitsunfähige und dergleichen, Fürsorge durch Bereitstellen und Heranschaffung von Lebensmitteln usw. Daß die Mittel der „Ruhhilfe“ diesen Fürsorgezwecken, unter Ausschaltung von Verwaltungskosten, reiflos nutzbar gemacht werden, dafür bürgen der paritätische Verwaltungsrat und der Vorstand. Aus kommunistischen Kreisen sind natürlich gefühllos die tollsten Gerüchte verbreitet worden, z. B.: die Mittel sollten der Entschädigung der Fabrikanten dienen, oder es sollten damit die von den Franzosen gegen die Bergwerksbesitzer verhängten Strafen bezahlt werden. Damit wollte man die Fürsorgefähigkeit bei den Arbeitern in Mißkredit bringen. Auf solchen halbherblichen Unfug fällt kein vernünftiger Arbeiter herein. Trotzdem sei noch einmal in aller Form darauf verwiesen, daß die einkommenden Spenden in weitestem Maße zur Linderung der Not in allen deutschen Gauen dienen sollen. Und darum ist die größtmögliche Zentralisation der Sammlungen notwendig. Es muß durch eine gemeinsame Sammlung, die unter streng paritätischer Verwaltung steht, verhindert werden, daß nebenher Sammlungen laufen, die einen großen Teil der Spenden, zumal des Auslandes, an sich ziehen und deren Verwendung sich indirekt gegen die Arbeiterbewegung richtet. Dieses sehen die Ortsausschüsse und Gewerkschaftsmitglieder, wie sich zeigt, auch durchaus ein. Noch einigen anfänglichen Schwierigkeiten, die hier und dort auftraten, weil man die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion nicht erkannte und nicht klar sah, daß für eine paritätische Kontrolle der Gelder Sorge getragen war, mühen die Sammlungen und Spenden nunmehr fast überall in die „Ruhhilfe“ ein.

Grundlag ist, daß jeder Arbeiter zur Linderung der Not mindestens einen Stundenlohn opfert, während die Arbeitgeber die Zahlung des Vierfachen eines Stundenlohnes der Gesamtbelegschaft zusagen. Zu beachten ist, daß auch einer Erklärung der Regierung die Spenden in voller Höhe steuerfrei sind. Soweit also vereinbarungsgemäß der Abzug der Spenden vom Lohn erfolgt, ist für diesen Teil des Lohnes die Einkommensteuer nicht abzuziehen.

☪☪☪ Aus der Industrie ☪☪☪

Chemische Industrie

Die Kali-Industrie im Jahre 1922.

I.

Das Jahr 1922 kann für die Kaliindustrie als ein sehr gutes bezeichnet werden. Gleich in den ersten Monaten war der Absatz recht lebhaft, so daß trotz des Eisenbahnerstreiks im Februar im 1. Quartal ein Mehr von 600 000 Doppelzentner gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres abgesetzt werden konnte. Im zweiten Quartal ging das Kalisyndikat dazu über, für die Sommermonate Rabatte zu gewähren; gleichzeitig wurden für diese Zeit von der Eisenbahn Frachtergünstigungen für Düngemittel zugestanden, um eine Entlastung bei der Wagengestellung im Herbstverkehr herbeizuführen. Beide Maßnahmen haben sich gut bewährt. Bestellungen liefen zahlreich ein und die Werke konnten ihre Bestände aus den aufgefüllten Lagergruppen reiflos räumen. Diese außerordentlich günstige Konjunktur hielt noch den ganzen Monat November an. Letzterer brachte einen Absatz von rund 1 246 000 Doppelzentner Reinkali. Ein Erfolg, wie er seit Bestehen des Syndikats noch in keinem Monat erreicht worden ist. Bis dahin war in der Kaliindustrie Hochkonjunktur. Die Lagerräume waren wie ausgefüllt, auf jeden Doppelzentner Salz wurde förmlich gewartet, damit derselbe verladen werden konnte. Wenn im Dezember auch ein leichtes Abflauen zu verzeichnen war, so wurde der Gesamtabsatz dadurch nicht beeinflusst. Im Gegenteil, seit Bestehen des Syndikats wurden in diesem Jahre Rekordziffern erreicht. Das Jahr 1922 schließt mit einem Absatz von rund 13 Millionen Doppelzentner Reinkali. Das ist ein Mehrabsatz gegenüber dem Jahre 1921 von rund 3 788 000 Doppelzentner. Nachstehende Tabelle gibt ein Bild von den Absatzziffern bis zur Zeit

vor dem Kriege. Damals wurde bekanntlich der Höchstabsatz im Jahre 1913 erreicht.

Table with 3 columns: Jahr, Doppelzentner K2O, Wert in Mark. Shows data from 1913 to 1921.

Diese Zusammenstellung läßt die Wirkung der Inflation des Geldmarktes deutlich erkennen. Für das Jahr 1922 werden Riesensummen dabei herauskommen. Während im Jahre 1921 dreimal Preiserhöhungen vorgenommen wurden, sind die Preise im Jahre 1922 zwölfmal erhöht worden.

Table with 4 columns: Düngesalz mit 3-42% Reinstoff je Kilogr. Reinstoff, Preis von 1914, Chlorkalium mit 60-80% Reinstoff je Kilogr. Reinstoff, Preis von 1914. Shows price increases for 1914-1922.

Außer der zwölfmaligen Preiserhöhung im Jahre 1922 fallen in dieser Aufstellung die Unterschiede bei den Erhöhungen von Düngesalz und Chlorkalium auf. Während die Steigerung für Düngesalz das 1030fache beträgt, ist es beim Chlorkalium nur das 645fache.

Im Laufe des Jahres sind neben dem Ausbau der Gruben auf den einzelnen Werken umfangreiche Neu- und Erweiterungsarbeiten von Fabrikbetrieben vorgenommen. In der Schrift: „Die Kaliindustrie im Jahre 1922“ von Gebr. Dammann (Hannover) lesen wir darüber folgendes:

Neben wurden zwecks rationeller Ausnutzung der Nebenprodukte verschiedenartig Remanagen geschaffen, wie Überhaupt der Kaliumchemiker an die Front! immer lauter erklingen. Die Erkenntnis, daß der Kaliindustrie gerade auf chemisch-technischen Gebieten noch ungeachtete Erträge winken, gewinnt immer mehr an Boden, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß in Verbindung hiermit auch die leidige Frage der Ableitung der Erzeugnisse mit der Zeit einer glücklichen Lösung entgegengeführt werden kann.

Wir haben schon in früheren Jahren auf die Umstellung der Kaliindustrie zur chemischen Industrie hingewiesen. Unsere Angaben beruhen auf statistischen Aufzeichnungen, wonach der Rohsalzabsatz immer mehr in den Hintergrund trat und andererseits auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter in Chlorkaliumfabriken und Nebenbetrieben, die von Jahr zu Jahr zugenommen hat.

Einheitsrat?

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands hat den Oberregierungsrat a. D. Dr. Kirchner zum geschäftsführenden Vorsitzenden erwählt und denselben als Vorsitzenden und ständigen Leiter der Zentral-Schlichtungsstelle für Arbeiter- und

Akademiker-Streitigkeiten benannt. Dr. Kirchner war bisher in Düsseldorf als stellvertretender Demobilisierungskommissar tätig. In diesem Wirkungskreis hat er sich das Vertrauen der Arbeiter nicht erwerben können, vielmehr fortgesetzt Unlaß zu Differenzen und hartem Auseinandergehen gegeben.

Unfälle, Explosionen.

Berlin. Ein schreckliches Unglück ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch, dem 10. Januar 1923, in der chemischen Fabrik Johannistal in Rudow bei Berlin. Der Weißbier W. und sein Helfer J. waren mit Reparaturarbeiten im Weisurm Nr. 4 beschäftigt. Sie standen auf einem Gerüst im Innern des Turmes.

Papier-Industrie

Die wirtschaftliche Lage der Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1922.

III.

In den vorhergehenden zwei Abschnitten haben wir die Preisentwicklung der Rohstoffe und Halbfabrikate behandelt und zahlenmäßig nachgewiesen. Gleichfalls haben wir darauf hingewiesen, daß diese Preise die Festlegung der Papierpreise wesentlich beeinflussen. Dabei ist der Grad der Beeinflussung, soweit die Halbstoffe in Frage kommen, nicht immer der gleiche, da der Verbrauch der Halbstoffe bei den einzelnen Papierforten außerordentlich verschieden ist.

An einigen Beispielen wollen wir die Preisentwicklung nachweisen:

Table with 4 columns: Papierforten, Preis für 100 kg 1914, Preis für 100 kg Dez. 22, Steigerung um das -fache. Lists prices for Holzfreies Schreibpapier, Bodypapier, and 120er braune Cederpappe.

Am treffendsten wird die Entwicklung der Papierpreise an Zeitungsdrukpapier gekennzeichnet, da der Preis für diese Papierforten zwischen Papierfabrikanten und Zeitungserlegern vereinbart wird unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums.

Zeitungsdrukpapierpreise pro 100 kg in Rollen.

Table with 3 columns: Year, Price, Increase. Shows monthly price fluctuations for 1914, 1919, 1920, 1921, and 1922.

Die Rollenendruckpapierpreise sind demnach vom Januar 1914 bis Dezember 1922 um das 2144fache des Friedenspreises gestiegen.

Die Steigerung der Papierpreise gegenüber der Friedenszeit hält nach diesen Zusammenstellungen Schritt mit den Preissteigerungen der Roh- und Halbstoffe. Zwei Ausnahmen stehen dabei besonders hervor, und zwar die Papierholzpreise, die weit über die übrigen Preiserhöhungen hinausgeschossen sind, und die Kohlenpreise, die erheblich unter diesen Preiserhöhungen sich gehalten haben.

Zu Anfang dieses Artikels haben wir bereits darauf hingewiesen, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, die hohen Papierpreise zu begründen, sondern nur den Ursachen nachzugehen. Diese Aufgabe dürfte an Hand der gegebenen Zahlen gelingen sein. Bisher wurde jeder direkte Einfluß der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen auf die Preisbindung der Papierforten rundweg

abgelehnt, trotzdem schon vor Jahresfrist die Gewerkschaftsvertreter der Papiererzeugungs- und verarbeitenden Industrie verlangt haben, Einblick in die Preisbildung zu bekommen. Dieses Verlangen wurde nicht nur von einem Teil der Unternehmer strikte abgelehnt, sondern auch vom Reichswirtschaftsministerium auf Antrag nicht bewilligt.

Eine Tatsache festzustellen, können wir trotzdem nicht umgehen. Die Entwicklung der Papierpreise hat, wie schon erwähnt, dazu geführt, daß bei einer vorübergehenden Stabilität der Mark die Weltpreise erreicht wurden, daß infolgedessen die deutsche Papierverarbeitungsindustrie in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen ist, die es ihr nicht mehr ermöglichte, auf dem Weltmarkt mit ihren aus deutschem Papier veredelten Produkten konkurrenzfähig zu sein.

Hoffen wir, daß diese Einsicht im Jahre 1923 in den Kreisen der Unternehmer und der in Frage kommenden Regierungen durchdringt, damit die deutsche Papierindustrie vor schweren Erschütterungen bewahrt bleibt. Von Seiten der Arbeitnehmer sind in dieser Beziehung an den verschiedensten Stellen und bei den verschiedensten Instanzen bereits im Jahre 1922 Schritte nach dieser Richtung hin unternommen worden.

Verrat von Geschäftsgeheimnissen.

Unter dieser Überschrift hatten wir in Nr. 5 des „Proletariats“ eine in der „Papierzeitung“ abgedruckte Anzeige unter der Überschrift „Formel gesucht“ besprochen. Hierzu sendet uns die Schriftleitung der „Papierzeitung“ unter dem 3. Februar folgende Beantwortung:

Wir achten streng darauf, daß keine Anzeigen in unser Blatt kommen, in denen zum Verrat von Fabrik- oder Geschäftsgeheimnissen offen oder in versteckter Weise angefordert wird. Vor Annahme der hier in Frage stehenden Anzeige haben wir genau geprüft, ob diese Anzeige aufgenommen werden darf, und wir haben sie aus folgenden Gründen bejaht.

Nach den Feststellungen der Schriftleitung der „Papierzeitung“, daß sich in Deutschland nur eine einzige Fabrik befindet, die cellophanähnliche Erzeugnisse herstellt, ist allerdings anzunehmen, daß durch die erwähnte Anzeige der Verrat von Geschäftsgeheimnissen kaum gefördert wird.

Das der kritisierten Anzeige geht klar hervor, daß auch die Amerikaner die gesuchte Formel von keinem kapitalkräftigen Chemiker und Erfinder wünschen, daß, nebenbei gesagt, seine Erfindung selbst ausbeuten könnte, sondern daß sie einen armen Teufel suchen, der, nachdem er alle Vorteile seiner Erfindung ausbeutet, sich dann als Laboratoriumsangehöriger der amerikanischen Interessenten beschäftigt werden kann.

Nahrungsmittel-Industrie

Zuckererzeugung und -versorgung.

Nachdem das Ergebnis der diesjährigen Zuckererzeugung schätzungsweise vorliegt, dürfte es angebracht sein, einen Rückblick über die Zuckererzeugung und -versorgung der letzten Jahre zu tun, um daraus Schlüsse für die diesjährige Zuckererzeugung ziehen zu können. Es ist bekannt, daß Deutschland vor dem Kriege Zucker ausgeführt hat. Das letzte Jahr vor dem Kriege haben wir 11 050 334 Doppelzentner Zucker aller Erzeugnisse exportiert.

Während und nach dem Kriege wurde der Zucker unter strenger Zwangswirtschaft gehalten. Der Zuckerpreis blieb in erträglichen Grenzen und somit auch der Rübenpreis. Auf anderen Gebieten der Volksernährung wurde die Zwangswirtschaft zum Teil umgangen und zum Teil früher aufgehoben.

Für den Landwirt bestand somit die Möglichkeit, für andere Feldfrüchte im freien Verkehr hohen Gewinn herauszuschlagen, während diese Möglichkeit beim Rübenbau geringer war. Er baute deshalb nur wenig Rüben an und die Zuckerezeugung ging rapide zurück. Sie erreichte ihren tiefsten Stand im Jahre 1919/20 mit 6 172 581 Doppelzentner. Es stellte sich immer mehr die Unmöglichkeit heraus, einen Zweig der Volksernährung unter strenger Zwangswirtschaft und die Preise für das Produkt in erträglichen Grenzen zu halten, während auf allen anderen Gebieten sich der Wucher ausstobte.

Nachdem im Jahre 1920/21 der Rübenpreis erheblich erhöht worden war, setzte eine bedeutende Steigerung im Rübenbau und somit auch bei der Rohzuckerproduktion ein, die bis jetzt auch angehalten hat. Im Jahre 1920/21 betrug die Zuckerproduktion 9 019 462 Doppelzentner, sie stieg 1921/22 auf 12 968 206 Doppelzentner, und sie soll im laufenden Wirtschaftsjahre nach einer Schätzung von Ende Oktober 15 577 900 Doppelzentner, dagegen nach einer Schätzung von Ende Dezember 14 829 700 Doppelzentner Rohzucker betragen. Selbst die letzte Schätzung als richtig angenommen, so wäre mit einer Verbrauchszuckermenge im Wirtschaftsjahre 1922/23 von 13 346 730 Doppelzentner zu rechnen.

Damit ist allerdings noch nicht die im Jahre 1914 zur Verfügung stehende Menge erreicht. Bei einem Vergleich muß aber folgendes in Rechnung gestellt werden: Von dem Inlandsverbrauch an Zucker wurden im Jahre 1914 erhebliche Mengen von der zuckerverarbeitenden Industrie aufgenommen, als Zuckerware verarbeitet und zum Teil ausgeführt. In diesem Jahre ist durch einen aufgestellten Wirtschaftsplan dafür gesorgt, daß zunächst der Mundzuckerbedarf gedeckt wird und daß erst dann die Industrie Zucker erhält. Weiter ist in Rechnung zu stellen, daß die Bevölkerungszahl des Deutschen Reiches durch Abtrennungen im Osten und im Westen bedeutend verkleinert worden ist. Berücksichtigt man diese beiden Umstände, so ergibt sich, daß im laufenden Wirtschaftsjahre eine Zuckerknappheit nicht eintreten dürfte.

Von Interessenten, namentlich von Vertretern der Zuckerindustrie, ist nun gesagt worden, daß der Zucker nicht unter Zwangswirtschaft gestellt zu werden brauche, da ja genügend Zucker vorhanden sei, um den Bedarf zu decken. Dazu ist zu sagen: Zu Beginn des vorigen Wirtschaftsjahres sollten wir angeblich auch genügend Zuckermengen zur Verfügung haben. Aber im Vorjahre bestand für Zucker die freie Wirtschaft. Dieser Zustand hat dazu geführt, daß sich gleich zu Beginn des Wirtschaftsjahres alle möglichen Elemente des Zuckers bemächtigten, weil sie eine weitere Preissteigerung voraussehen. Der Zucker blieb in den verschiedensten Kanälen stecken und man konnte trotz horrenden Preise keinen Zucker bekommen. Etwas anders dürfte es in diesem Jahre doch werden.

Die planmäßige Bewirtschaftung des Zuckers hat zur Folge gehabt, daß gleich zu Beginn des Wirtschaftsjahres ein vorläufiger Verteilungsplan aufgestellt worden ist. Dabei ist von dem Grundsatze ausgegangen, in erster Linie ein bestimmtes Quantum für den Mundverbrauch sicherzustellen. Aus dem verbleibenden Rest sollen dann zunächst jene Industriezweige berücksichtigt werden, die für die Volksernährung von größerer Bedeutung sind, und erst in letzter Linie soll die Süßwaren-Industrie Zucker erhalten. Wird dieser Plan durchgeföhrt, dann erhält jeder Konsument sein bestimmtes Quantum Zucker bis zum Jahreschluß, und die Bewucherung der Allgemeinheit durch dunkle Elemente fällt fort.

In Konsumentenkreisen wird häufig die Ansicht vertreten, daß der Zucker trotz Zwangswirtschaft horrend im Preise gestiegen sei. Es mag genügen, an dieser Stelle nochmals darauf zu verweisen, was bereits an anderer Stelle über die Durchführung der Zwangswirtschaft für einzelne Wirtschaftsgebiete bei der Volksernährung gesagt wurde. Tatsache ist aber: Wäre der Zucker nicht unter Planwirtschaft gestellt, so daß sich die Spekulanten seiner bemächtigen könnten, dann wäre er der freien Preisbildung unterworfen. Wir würden dann Zuckerpreise haben, die alles Vorstellbare übertreffen. Hat uns die Planwirtschaft auch nicht ganz davor geschützt, daß die Zuckerpreise der allgemeinen Preislage etwas angepaßt werden, so hat sie doch verhütet, daß die Preise ins Ungemessene steigen. Die Hauptsache aber, Sicherstellung des Mundzuckers und Schutz der Konsumenten vor wucherischen Spekulanten, ist erreicht.

Von Interessenten wird jetzt erneut die Forderung gestellt, den Zucker für das nächste Wirtschaftsjahr schon jetzt freizugeben. Die Anträge werden damit begründet, daß Zucker genügend erzeugt werde, der Inlandsbedarf vollkommen gedeckt sei, ja, daß bald wieder an eine Ausfuhr von Zucker gedacht werden könne. Falls der Zucker für das kommende Wirtschaftsjahr nicht schon jetzt freigegeben werde, so werde der Landwirt keine Rüben anbauen, und die Zuckerezeugung gehe wieder zurück. Hierzu sei folgende Antwort gegeben:

Die Zustände im vorigen Jahre reizen nicht dazu, schon jetzt so weitgehende Schritte zu unternehmen. So begrüßenswert eine Zunahme beim Rübenbau und bei der Zuckerezeugung wäre, so wichtig eine Zuckerausfuhr für die deutsche Handelsbilanz ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß Zucker ein rein inländisches Produkt und ein wichtiges Nahrungsmittel ist.

Besteht einmal die freie Wirtschaft und sogar die Ausfuhrmöglichkeit, dann werden wir beim Zucker auch ohne weiteres den Weltmarktpreis zu zahlen haben. Ja, es besteht die Aussicht, daß wir bei den schwankenden Verhältnissen, in denen wir leben, teilweise sogar über

den Weltmarktpreis kommen. Ist damit dem allgemeinen Volksinteresse gedient?

Die deutsche Handelsbilanz würde einen Aktivposten erhalten. Ganz recht; aber die Volksgesundheit ist ein noch wichtigerer Aktivposten. Zucker ist ein wichtiges Nahrungsmittel. Deutschland erzeugt aber nicht soviel Nahrungsmittel wie es braucht. Ist es da nicht richtig, daß wir zunächst im Lande behalten, was wir haben, anstatt ein Nahrungsmittel auszuführen, um für die hierfür erhaltenen Devisen wieder andere Nahrungsmittel einzuführen? Aber noch eins muß berücksichtigt werden. Bauen wir mehr Rüben an und erzeugen wir mehr Zucker als wir selbst gebrauchen, dann wird naturgemäß die Umbaufäche für die übrigen Feldfrüchte kleiner, die Erzeugung geht noch mehr zurück, und wir müssen noch mehr Nahrungsmittel einführen. In der Vorkriegszeit mochte das nichts ausmachen, da hatten wir fast überall die gleichen Preise, vor allem aber stabile Verhältnisse. Heute liegen die Dinge anders. Das sind nur einige Gesichtspunkte, worauf verwiesen sei, eine ganze Reihe andere ließen sich noch anführen.

Wichtig ist im Augenblick die Frage: Soll im kommenden Wirtschaftsjahr auch beim Zucker wieder vollständige Freiheit eintreten? Nach dem bisher Gesagten kommt man zu dem Schluß, daß hier Vorsicht am Platze ist. Die in Frage kommenden Stellen werden nicht nur die Gründe zu prüfen haben, die von der Seite der Interessenten für völlige Freiheit ins Feld geführt werden, sie werden in erster Linie auch die Interessen der Allgemeinheit berücksichtigen müssen.

Beachten wir immer die im vorigen Jahre gemachten Erfahrungen. Beachtet man ferner die wahnhaften Preissteigerungen im gegenwärtigen Augenblick, wo alle Mahnungen behördlicherseits nicht hindern können, daß die Konsumenten nach allen Regeln der Wucherkunst geschraubt werden, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß nicht die Aufhebung der Planwirtschaft für den Zucker, sondern die Unterstellung weiterer Gebiete der Nahrungsmittelversorgung unter die Zwangswirtschaft am Platze ist. E. S.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Zum Wegfall der Altersrenten.
Das Gesetz über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung vom 10. November 1922 hat die Altersrente beseitigt. Vom 1. Januar 1923 an werden keine neuen Altersrenten mehr festgesetzt. Alle 65 Jahre alten bei der Invalidenversicherung versicherten Personen haben, wenn sie die Wertzeit erfüllt haben, Anspruch auf Invalidenrente, auch wenn sie nicht invalid sind. Die bisher festgesetzten Altersrenten bleiben bestehen, können aber in die höhere Invalidenrente umgewandelt werden. Die Umwandlung der Alters- in Invalidenrente erfolgt nicht ohne weiteres durch die Landesversicherungsanstalten. Es ist vielmehr ein Antrag des Rentenempfängers erforderlich. Die Umwandlung ist auch nur dann möglich, wenn der Altersrentner während des Bestehens der Rente weitergelebt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat (mindestens 20 Beiträge in zwei Jahren). Wo diese Voraussetzung erfüllt ist, ist den Altersrentnern zu empfehlen, bei der zuständigen Landesversicherungsanstalt einen Antrag auf Umwandlung der Alters- in eine Invalidenrente zu stellen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Intensivere Zerstörungsbauarbeit in den Gewerkschaften.

Der vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig abgehaltene Parteitag der KPD hat „Leitfäden über die dringendsten organisatorischen Aufgaben der KPD“ beschlossen. Zu diesen dringendsten Aufgaben gehört auch die Zerstörung der Gewerkschaften. Um dieses Ziel rascher zu erreichen, wurde folgenden Leitfäden zugestimmt:

„Die Organisation der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.“
Den Bezirksleitungen wird die Pflicht anferlegt, die Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen unverzüglich durch Beauftragte der Bezirksleitung nachzurufen. Es genügt nicht, ein Adressenverzeichnis der Fraktionsvorsitzende zu besitzen, vielmehr kommt alles darauf an, die Fraktionen in den Gewerkschaften wirklich zur Arbeit zu bringen. (Leitfäden des III. Kongresses, Ziffer 13, 14, 15, 23, 25, 28 und 27.)

Die erste Voraussetzung für die Aktivität einer Gewerkschaftsfraktion, die Bildung eines praktisch erprobten und energiegelichen Fraktionsvorstandes, wird die Bezirksleitung nur erreichen, wenn sie in jede Sitzung einer größeren Gewerkschaftsfraktion ihren Vertreter entsendet. Wo kommunistische Gewerkschaftsangehörige sind, muß die Bezirksleitung ständig auf deren regelmäßige Teilnahme an den Fraktionsitzungen hinwirken. Da die Praxis der besten Lehrmeister für andere Fraktionsvorstände sein wird, so ist mit der intensiven Arbeit zunächst in einigen wenigen wichtigen Fraktionen oder auch in solchen Gewerkschaften zu beginnen, wo die Arbeit der Partei zuerst Erfolg verspricht. Daneben zwingt uns die Betriebsräte- und Kontrollausschüßbewegung für die nächsten Monate, den Eisenbahnerfraktionen, Landarbeiterfraktionen und Hansirangruppen besondere Beachtung zu schenken.

Angeichts der schwierigen Finanzlage der Partei muß in allen Fraktionen der regelmäßige Vertrieb der Kampfzettelmarken und ihre pünktliche Abrechnung scharf kontrolliert werden.

Die politische Schlagkraft des Bezirks wird gehoben, wenn die kommunistischen Kartelldelegierten der Ortsausschüsse des ADGB und der AFA politisch gut instruiert werden. Die Organisation unserer Gewerkschaftskartellfraktionen und darüber hinaus die Schaffung eines roten Kartells oppositioneller Gewerkschaftsfraktionen muß in allen Großstädten direkt durch die Bezirksleitungen eingeleitet werden. Wo unsere Genossen in den Ortsausschüssen des ADGB entscheidenden Einfluß oder gar die Mehrheit haben, müssen sie unverzüglich die leitenden Funktionen im Kartellvorstand übernehmen.

Der gewerkschaftliche Fraktionsvorstand braucht nicht intelligent oder gar gewerkschaftlich geschult zu sein, es genügt schon, wenn er energiegelad ist. Dann ist auch die nächste Bedingung schon erfüllt, nämlich intensives Arbeiten. Intensives Arbeiten eines energiegeladen Fraktionsvorstandes verspricht natürlich auch Erfolge für die Partei, wie wir in Wiesdorf, Höchst, Ludwigshafen, Bitterfeld, Merseburg usw. gesehen haben.

Die Schlagkraft — wenn auch keine politische — hat sich besonders gezeigt in Ludwigshafen, als die Stöß-

trupps durch Hinansprügeln der Arbeiter aus den Betrieben ihre Tätigkeit entfalteten und den Arbeitern begreiflich machten, daß statutarische Rechte, Demokratie und die Diktatur des Proletariats einmal gut sein können, ein andermal nicht, je nachdem, wie es der kommunistischen Partei beliebt. Müssen die kommunistischen Kartelldelegierten und Ortsausschüsse vielleicht zu diesem Zweck gut instruiert werden? Neben den bestehenden Ortsausschüssen sind Gewerkschaftskartellfraktionen und rote Kartelle zu gründen, also die neuen kommunistischen Gewerkschaften auszubauen. Nebenbei muß man immer feste schreiben, die Amsterdamer zerstören die Gewerkschaften. O h, i h r S e u c h l e r !

Organisationszertifizierung.

Vor einiger Zeit wurde in Wesel ein evangelisch-christlicher Arbeitnehmerverband gegründet. Der Verband will:

- a) die Veranstaltung von evangelisch-christlich-gläubigen Arbeitnertagen, auf denen insbesondere Stellung zu nehmen ist zu Verbesserungen auf dem Gebiete des Dienstvertrages;
- b) die Herausgabe christlicher Tageszeitungen und die Veranstaltung von Vorträgen zur Pflege des evangelisch-christlich-gläubigen Standesbewußtseins.

Der Verband will evangelisch-christlich-gläubigen Arbeitnehmern behilflich sein, bei evangelisch-christlich-gläubigen Arbeitgebern Arbeit zu finden, jedoch nur bei solchen, die sich dem Verbands gegenüber verpflichtet haben, den ortsüblichen Lohn für die ortsübliche Arbeitszeit zu zahlen. Das Amt des Vorsitzenden bekleidet ein Geistlicher, dem sehr weitreichende Befugnisse eingeräumt sind. Er ernannt namens des Verbandes die Vorsteher der Erholungsheimen, der Zeitungsredaktion, des Sekretariats des Verbandes, die Sekretäre des Verbandes, stellt die Anstellungsbedingungen allein fest und verfügt erforderlichenfalls über Veretzung und Entlassung dieser Personen.

Wenn nun die evangelisch-christlichen Arbeiter bei evangelisch-christlichen Arbeitgebern keine Arbeit finden, was dann? Kann dann werden sie Arbeit nehmen müssen, wo sie solche finden. Daß ein Geistlicher die „Diktatur“ über diese karlosen Arbeitnehmer ausübt, kennzeichnet deren Intelligenz.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Am Sonntag, dem 11. Februar, tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses unsere Jahresgeneralversammlung. Den Vorstandsbericht erstattete der 1. Bevollmächtigte W. Reimann. Er führte aus, daß sich die Arbeiterchaft ganz Deutschlands mit aller Schärfe gegen die Ruhrbesetzung wenden müsse. Wenn die französische Regierung glaube, die deutschen Arbeiter gegen das deutsche Unternehmertum zu ihren Gunsten auszuspielen zu können, so müsse den französischen Kapitalisten gesagt werden, daß man auf betriebslose Strennenklänge nicht hereinfallen wird, da auch die deutschen Arbeiter wüßten, daß die französische Regierung als erste alle kapitalistischen Regierungen den Abschindentag der Eisenbahner und Seelenste beistimmt hat. Er legte dann die Gründe dar, die die Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortskartell des Afa-Bundes bewegen haben, die gemeinsame Ruhrhilfeaktion mit den Unternehmern abzulehnen. Wenn trotz der klaren Anträge bestimmte Kreise von einer Sammlung abzieren, so geschieht das nur zu dem arbeitslosen Zwecke, Parteizwecke zu machen. Aufgabe aller Betriebe muß es sein, sich an der Sammlung auf die vom Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegebenen Listen zu beteiligen. Mit aller Entschiedenheit wandte sich Reimann gegen die Veranstaltung des wilden Betriebsrätekongresses, dessen Beschlüsse nicht geeignet sind, das Vertrauen in den Gewerkschaften zu stärken, sondern im Gegenteil ungeheure Vermittlung unter der Arbeiterchaft anzurichten. Die Folgen zeigten sich auch in dem wilden Ludwigshafener Streik der Anilinarbeiter. Lediglich aus parteigegensätzlichen Gründen haben die Kommunisten diesen Streik provoziert, der ungeheures Elend über große Kreise der Arbeiter gebracht hat. Aus diesem Grunde mußte auch die Nichtanerkennung der Beschlüsse des Bevollmächtigten der Zahlstelle wegen seiner Haltung im Ludwigshafener Streik, wie auch die Willensklärung einer an die Fabrikarbeiter Deutschlands, die die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages und die Ablehnung des jetzigen Hauptvorstandes verlangt, abgelehnt, dagegen eine von der Verwaltung vorgelegte Resolution angenommen werden. Es muß endlich Klarheit darüber geschaffen werden, ob einzelne Funktionäre, die ihre Direktiven von der kommunistischen Gewerkschaftsstrategie erhalten, ihre gewerkschaftszerstörende Tätigkeit fortzuführen dürfen. — In der Diskussion über den Vorstandsbericht, an dem eine eigentliche Kritik nicht geübt wurde, verurteilten die kommunistischen Redner Mier und Schulz die Haltung der Kommunisten in der Betriebsrätefrage, ihre Stellung zur Ruhrhilfeaktion wie auch den Ludwigshafener Streik zu verteidigen. Die Rede Miers zeichnete sich durch eine seltene Unklarheit aus. Ihnen traten Richard Kropff und Sewekow entgegen. Th. Baska wandte sich mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen, die darauf hinzielen, die Delegierten zur Generalversammlung in Zukunft nur nach politischen Gesichtspunkten zu wählen. Er fand mit seinen Ausführungen den Beifall des überaus großen Teiles der Generalversammlung. In namentlicher Abstimmung wurde dann mit 221 gegen 44 Stimmen nachstehende Resolution angenommen:

Die am 11. Februar 1923 tagende ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Groß-Berlin, stellt fest und beschließt: Die Vereinerung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein; die Voraussetzung hierfür ist der einmütige und geschlossene Kampf aller Arbeiter. Das Verhalten der kommunistischen Partei innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, namentlich in der letzten Zeit, ist jedoch geeignet, die Hoffnung auf Einheitslichkeit und Geschlossenheit dieses Kampfes völlig zu zerstören. Die wilden Streiks, die in den letzten zwei Jahren seitens unverantwortlicher Personen heraufbeschoren wurden, zu denen auch der in Ludwigshafen gehört, sind nicht geeignet, das Ansehen und die Stärke der Gewerkschaften zu fördern. Hiergegen muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. Die Generalversammlung verlangt daher von allen Mitgliedern der engeren und erweiterten Ortsverwaltung sowie allen Angestellten der Zahlstelle die schriftliche Anerkennung folgender 7 Punkte:

1. Anerkennung und Befolgung des Statuts in allen Teilen, in seinen Grundzügen und allen Ausführungsbestimmungen;
2. Anerkennung und Befolgung des Streikreglements mit Einleitung jeder Lohn- und Tarifbewegung und während derselben;
3. Anerkennung und Durchführung aller Verbandstags- und Beiratsbeschlüsse;
4. Ablehnung jeder Verbindung mit der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale oder von Organisationen, die in demselben Sinne arbeiten, und Verweigerung von Geldmitteln für diese;
5. Ablehnung und Nichtbefolgung von Beschlüssen, die von Betriebsrätekongressen gefaßt werden, die nicht durch die gewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen einberufen sind;
6. Verweigerung der Herabgabe von Haupt- und Lokalassessoren, sei es in der Form von baren Zusammenzügen oder Darlehen an eine politische Partei oder deren Gründungen;
7. Durchführung aller Verbandsvorstände nach Anweisung des Hauptvorstandes bzw. der Gauleitungen. Durchschiebung allgemeiner Gewerkschaftsaktionen nach den Anweisungen des Reichsgewerkschaftsbundes bzw. der von diesem anerkannten Ortsausschüsse. Ablehnung von Anweisungen oder Richtlinien für die gewerkschaftliche Tätigkeit durch politische Parteien oder Gruppen.

Die Nichtanerkennung obiger Punkte und Verstoß gegen dieselben hat Verfall der Funktion zur Folge. Die General-

versammlung verlangt die strengste Durchführung dieser Entschlie-

Mit dem gleichen Stimmverhältnis wurden die aus der kommunistischen Gewerkschaftszentrale stammenden Mißtrauensresolutionsen gegen Reimann und gegen den Hauptvorstand abgelehnt.

Zur Wahl der Ortsverwaltung lagen die Vorschläge der erwerbslosen Verwaltung vor. Die Opposition versuchte an zwei Kandidaten persönliche Ausstellungen zu erheben und brachte dafür zwei Mitglieder in die interne Ortsverwaltung gewählt: als Schriftführer Fritz Hanenberg, als Revisorin Fritz Prinzke, Hermann Wirth und Richard Reimann, sowie als Beisitzer Wilhelm Pahl, Otto Döhl, Karl Köhler, Ernst Neumann, Hermann Mal, Robert Wächter, Paul Schwamm, August Pohl, Elise Köber, Emil Gehl und Fran Schöfer.

Frauenfragen.

Die Ausbeutung der Frauen und Kinder in British-Indien.

Die Regierung British-Indiens ratifizierte den von der Internationalen Washingtoner Konferenz aufgestellten Entwurf und brachte daher in beiden Häusern einen Gesetzentwurf ein, um das Gesetz über den Betrieb und die Aufsicht in den Bergwerken zu verbessern und zu vereinfachen.

Die Regierung fürchtet offenbar, daß irgendeine drastische Maßnahme die Arbeit in den Bergwerken stören könnte.

In England wurde im Jahre 1892 verboten, Frauen unter Tag zu beschäftigen. So wäre es höchlich nicht angelegentlich, wenn im British-Indien im Jahre 1922 eine wenigstens ebenso umfassende Maßregel getroffen werden würde.

(Social Service Quarterly, Bombay, Oktober 1922)

Rundschau.

Ein Unternehmerrückblick.

Die Löhne sind viel zu niedrig. Die Unternehmer behaupten immer, die Löhne der Arbeiterschaft hielten mit der Preissteigerung völlig Schritt.

Wir haben schon seit längerer Zeit auf Grund der auch von uns aufgestellten Ermittlungen den Standpunkt vertreten müssen, wenn wir ihn auch selbstverständlich den Arbeitern gegenüber nie zum Ausdruck gebracht haben, daß sich die dauernde immense Vertenerung aller Bedarfsartikel - nicht nur der Lebensmittel - auf Stadt und Land in gleicher Weise auswirkt, und wird durch die Reichsstatistik unsere Auffassung, allerdings für die kleineren Gemeinden in ihr sie noch weit ungenügender Form, bestätigt.

Im Zusammenhang hiermit möchten wir noch darauf hinweisen, daß die Indexzahl für das ganze Reich im Monat November gegen Oktober um 102,2 Prozent gestiegen ist.

Verantwortlich soll die Wahrheit behandelt werden. Hat die Wahrheit das Licht der Öffentlichkeit zu scheitern? Gewiß nicht, aber in diesem Falle würde ein Bekanntheit zur Wahrheit Geld kosten, deshalb im stillen Kämmerlein für die Wahrheit, draußen gegen sie.

Kaninchenzucht.

Die Zucht des schönen Kaninchens - schwarze, Stahele - zucht - sind schon immer in Höhe. Leis wurde sie aus reiner Zucht, wie als eine Art Sport betrieben.

einer Kaninchenzucht befragen soll, der lese im neuen Brochans den Artikel Kaninchen. Dort findet er alle nötigen Fingerzeige und auch eine Tafel Kleinierzucht, die ihm sehr nützlich sein wird.

Der Verband sozialer Baubetriebe erhöht sein Stammkapital auf 100 Millionen Mark.

Der Aufsichtsrat des Verbandes Sozialer Baubetriebe hat beschlossen, das Stammkapital des Verbandes von 25 auf 100 Millionen Mark zu erhöhen. Die Geschäftsführung wurde beauftragt, die Erhöhung so rasch wie möglich in die Wege zu leiten.

Literarisches.

Dr. Walter Diegel: Wie der Kapitalismus entstand. 112 Seiten. Grundpreis: 1,50 Mk. (x 700). Organisationsausgabe: 1 Mk. (x 700). Verlag: Buchhandl. Volkshimmels, Magdeburg.

Mary-Gebächtnisnummer. Zum vierzigsten Todestag von Karl Marx (14. März) erscheint eine in Leipzig illustrierte Mary-Nummer im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

J. Maja: Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine. 1923. (J. S. W. Diegel Nachf., G. m. b. H., Berlin-Smitzart.)

Die Grundzüge des Schlichtungswesens, von Regierungsrat Dr. Georg Flatsow. Verlag J. S. W. Diegel Nachf., Berlin und Smitzart.

Die Hungersnot in der Ukraine. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Grundzahl 50 Pf.

Ein Stadtmesser unserer Wirtschaftsnote ist die oben im Verlage von J. S. W. Diegel Nachf., Berlin SW 68, erschienene Schrift von Dr. A. Kuczynski Lebenshaltung und Löhne.

Ein Stadtmesser unserer Wirtschaftsnote ist die oben im Verlage von J. S. W. Diegel Nachf., Berlin SW 68, erschienene Schrift von Dr. A. Kuczynski Lebenshaltung und Löhne.

Ein Stadtmesser unserer Wirtschaftsnote ist die oben im Verlage von J. S. W. Diegel Nachf., Berlin SW 68, erschienene Schrift von Dr. A. Kuczynski Lebenshaltung und Löhne.

Ein Stadtmesser unserer Wirtschaftsnote ist die oben im Verlage von J. S. W. Diegel Nachf., Berlin SW 68, erschienene Schrift von Dr. A. Kuczynski Lebenshaltung und Löhne.

Verbandsnachrichten.

„Proletarier“, „Korrespondenzblatt“, gebunden.

Der auf besserem Papier gedruckte Jahrgang 1923 des „Proletariers“ kann gebunden zum Preise von 10 000 Mk. vom Hauptvorstand bezogen werden.

Gesucht

wird der Tapetendrucker Wilhelm Pfl. Kollegen oder Kolleginnen, die dessen Adresse kennen, wollen diese gegen Rückzahlung der Ausgaben gelangen lassen an Martha Oros in Brockwitz bei Roswig (Sachsen).

Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingelangt:

- Gau 4. Kolberg, Karolinenport, Straßand.
Gau 5. Jüterburg.
Gau 7. Penig.
Gau 10. Kempten, Landsbut, München, Marienfeld.
Gau 12. Mannheim, Zweibrücken.
Gau 13. Kassel.
Gau 15. Rendsburg, Bredstedt, Melbort.
Gau 16. Lützenfeld, Coesfeld, Dortmund.

Von Donnerstag, den 8. Februar, am gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Gau 1. Hannover 2 600 014, und 18 000, Bodenwerder 150 000, Bodenfelde 92 350, Lachendorf 60 000, Soltau 55 000, und 209, Kl. Rhöden 100 000, Münden 53 000, und 200 000, Hälßen 50 000, Celle 130 035, und 373, Osnabrück 1 416 386, Nienburg 150 000, Bodenem 206, Gau 2. Dommitzsch 2170, Ochersleben 180 000, Osterburg 20 000, Schönebeck 700 000, Alleringerleben 1100, Osterleben 60 000, Preßlin 10 000, Tangermünde 2250, Stahfurt 700 000, Schöningen 300 000, Oranien 100 000, Magdeburg 2 000 000, Osterwieck 145 000, Schöppenstedt 60 000, Dr. Zwispstedt 55 000, Wittenberg 2 000 000, Gau 3. Gr. Westen 368 475, Potsdam 100 000, Döbberg 35 281, Arnswalde 100 000, Ziebingen 140 000, Rathenow 198 815, Fürstenwalde 60 000, Luckenwalde 50 000, Berlin 27 900, Gau 4. Rostock 100 000, Bützow 100 000, Fiddichow 42 000, Schwerin 50 000, Kolberg 3750, Jähnke 90 000, Jezieritz 100 000, Parchim 115 000, Warnemünde 50 000, Karolinenport 6947, Lebbin 100 000, Demmin 40 000, Stargard 100 000, Gau 5. Ulitz 500 000, Jüterburg 200 000, und 43 036, und 26, Gau 6. Wogan 100 000, und 650 000, Siegnitz 50 000, Segan 100 000, Kofel 245, Hirschberg 600 000, und 1 400 000, Oberkautz 190 000, und 500 000, Gau 7. Döbeln 175 000, Wurzen 1 500 000, Zwickau 10, Radeberg 150 000, Radeburg 100 000, Weichselburg 100 000, Groitzsch 100 000, Penig 800 000, Dresden 3000, und 4 521 755, Rössen 300 000, Großenhain 100 000, Dörfel 2400, Gau 8. Weta 250 000, Blankenberg 90 000, Solstedt 50 000, Nilsleben 110 000, Wittenberg 1 000 000, Jena 110 000, Nordhausen 180 000, Schwarze 100 000, und 60 000, Zeitz 1 000 000, Elrich 430 000, Oberheilingen 60 000, Sonneberg 4 567 653, Weiße 46 203, Salzgitter 450 000, Triebes 180 000, Weimar 79 000, Arnstadt 200 000, Gau 9. Mantel 40 000, Oberrotlan 40 000, Garburg 130 000, Schweinfurt 200 000, Gau 10. Jena 60 000, Rensburg 40 000, Mookburg 70 981, München 1 513 569, Reichartshöfen 50 000, Fleck 40 000, und 49 000, Schellenberg 49 000, Landsbut 50 000, Reichenhain 14 550, Zugsburg 1 000 000, Gau 11. Wiphen 100 000, Stuttgart 600 000, Gerabrann 50 000, Pforzheim 230 000, Kottwitz 43 044, Schwenningen 50 000, Kändern 100 000, Grenzach 317 951, Freudenstadt 20 000, Gau 12. Ludwigschafen 2 000 652, und 130 000, und 1160, und 310 000, Reustadt 1764, Eichenberg 537 657, Saarbrücken 1 233 802,55, Zweibrücken 79 008, Mannheim 1 700 000, und 2 000 000, Sobornheim 14 023, Gau 13. Gießen 272 856, und 500 000, Fulda 350 000, und 116 541,40, Mainz 2 000 000, Söhr 15 550, Frankfurt 2 900 000, Höchst 7000, Darmstadt 609 000, Gau 14. Euskirchen 170 000, Andernach 23 190, und 200 000, Wiesdorf 1260, Gau 15. Flensburg 92 330, und 100 000, Hamburg 27 296,20, Lüneburg 300 000, Rendsburg 101 933, Nordenham 140 000, Lütten 50 000, Wardenburg 45 000, Verbstadt 26 000, Bremen 100 000, und 1 000 000, Sudmerischen 45 000, Westerland 35 000, Meidorf 7651, Elmshorn 500 000, Wedel 300 000, Wachen 3174, Gau 16. Lützenfeld 20 748, Bochum 3441, Schlag: Mittwoch, den 14. Februar 1923.

Berichtigungen. In Nr. 5 des „Proletariers“ sind unter Gau 14 310 000, die für die Zahlstelle Köln quittiert, der Betrag gehört zur Zahlstelle Aachen. In Nr. 6 sind unter Braunschweig 1 037 798, Mk. quittiert; dieser Betrag ist von der Zahlstelle Stadtsiedendorf eingelangt.

Briefkasten.

Hans Hackenkrey, Erfurt. Wende dich an einen Irrenarzt; vielleicht ist noch Rettung möglich.

Die Zahlstelle Mühlberg in Oberbayern

sucht zum Eintritt am 1. April 1923 einen zweiten Angestellten

für Bureau- und Aufendienst. [225,- Mk.] Bewerber sollen fünf Jahre freiberechtigter, in schriftlichen Arbeiten und rednerisch gewandt sein und möglichst Erfahrungen in der Fingel-Industrie besitzen.

Tüchtiger, erfahrener Tapetendrucker

von einer Tapetepapierfabrik in Süddeutschland zum sofortigen Eintritt gesucht. Gest. Angebote unter Nr. 204 an die Expedition des „Proletariers“ erbeten.